



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 23. November 2018
(OR. en)

Interinstitutionelles Dossier:
2016/0286(COD)

14288/18
ADD 1

CODEC 2009
TELECOM 406
COMPET 779
MI 842
CONSOM 320
JUSTCIV 279

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und der Agentur zur Unterstützung des GEREK (GEREK-Büro), zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1211/2009 (erste Lesung) – Annahme des Gesetzgebungsakts – Erklärung

Erklärung Finnlands

Finnland begrüßt die Einigung, die zwischen dem Rat und dem Parlament über die Richtlinie über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation und über die GEREK-Verordnung erzielt wurde. Finnland unterstützt ohne Einschränkungen die Förderung des digitalen Binnenmarkts als ein wesentliches Element der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Finnlands Hauptziel bei den Beratungen war, die gegenwärtig stringente Verordnung über Telekommunikationsdienstleistungen zu lockern und zu aktualisieren. Finnland befürwortet nachdrücklich die Hauptziele des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) und der Agenda für bessere Rechtsetzung, insbesondere das Ziel, dafür zu sorgen, dass die Rechtsvorschriften der EU wirksam, effizient und möglichst kostengünstig zu Ergebnissen für die Bürgerinnen und Bürger führen. Wir bedauern feststellen zu müssen, dass die Preisregulierung für intra-EU-Anrufe zu diesen allgemeinen Zielen ebenso wie zu den Modernisierungs- und Investitionszielen des Regelungsrahmens in Widerspruch steht. Zunächst einmal steht die Preisregulierung nicht mit einem zukunftsfähigen regulatorischen Ansatz in Einklang, und dies umso weniger, als die Verordnung Dienstleistungen betrifft, die von den Verbraucherinnen und Verbrauchern generell immer weniger genutzt werden. Zweitens ist eine solche EU-weite Preisregulierung in einem Markt, in dem den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine große Vielzahl von Alternativen zur Verfügung steht, nicht gerechtfertigt. Traditionelle intra-EU-Anrufe und SMS werden in vielen Mitgliedstaaten auf wettbewerbsfähige Weise bereitgestellt. Hinzu kommt, dass die nummernunabhängige interpersonelle Kommunikation sich auch bei der grenzüberschreitenden Kommunikation bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern wachsender Beliebtheit erfreut. Die Preisregulierung würde den Dienstleistungsanbietern bedeutende technische, kommerzielle und administrative Änderungen auferlegen, ohne dass eindeutig nachgewiesen wäre, dass damit für die Verbraucherinnen und Verbraucher ein großer Nutzen einhergeht. Aus diesen Gründen bringt Finnland seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass vereinbart wurde, eine Preisregulierung für intra-EU-Anrufe in den endgültigen Kompromisstext aufzunehmen.